

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Literaturverzeichnis .....	XV
Materialien .....	LVII
Stichwortverzeichnis .....	LXI
Abkürzungsverzeichnis .....	LXIX

---

Einleitung .....	1
I. Problemstellung und Gang der Untersuchung .....	2
II. Begriff des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....	5

---

1. Teil: Ausgestaltung und Dogmatik internationaler Streitgenossenschaftsgerichtsstände .....	7
I. Ankerbeklagte .....	11
II. Beschränkungen möglicher «Ankergerichtsstände» .....	11
III. Mitbeklagte und Abgrenzung nationaler Vorschriften zu Art. 8 Nr. 1 EuGVVO/Art. 6 Nr. 1 LugÜ .....	15
IV. Verbindung zwischen den Klagen .....	16
V. Qualitative Anforderungen an die Ankerklage, Rechtsmiss- brauch und Prüfung des Gerichtsstandes .....	99
VI. Prüfung des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes und Behandlung der konnexitätsbegründenden Tatsachen .....	132
VII. Gefahr der rechtsmissbräuchlichen Erschleichung des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....	161
VIII. Verhältnis von qualitativen Merkmalen der Ankerklage zum Rechtsmissbrauchsverbot und dem Modus der Zuständigkeitsprüfung .....	173
IX. Zusammenfassung und Fazit .....	174

---

2. Teil: Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft im System der internationalen Zuständigkeit .....	177
I. Zuständigkeitsinteressen .....	177

II. Rechtspolitische Implikationen .....	249
III. Zusammenfassung und Fazit .....	268

---

<b>3. Teil: Fallbeispiel «Menschenrechtsklagen» .....</b>	<b>271</b>
---	------------

I. «Menschenrechtsklagen» – Begriffsklärung und Hintergrund ..	271
II. Rolle des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....	287
III. Anwendung nationaler Streitgenossenschaftsgerichtsstände auf «Menschenrechtsklagen» gegen Unternehmen: Erfahrungen und Perspektiven .....	303
IV. Rechtspolitische Auseinandersetzung: Streitgenossen- schaftsgerichtsstand für «Menschenrechtsklagen» gegen Unternehmen? .....	315
V. Zusammenfassung und Fazit .....	339

---

<b>Schluss in Thesen .....</b>	<b>341</b>
--------------------------------	------------

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Literaturverzeichnis .....	XV
Materialien .....	LVII
Stichwortverzeichnis .....	LXI
Abkürzungsverzeichnis .....	LXIX

---

Einleitung .....	1
I. Problemstellung und Gang der Untersuchung .....	2
II. Begriff des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....	5

---

1. Teil: Ausgestaltung und Dogmatik internationaler Streitgenossenschaftsgerichtsstände .....	7
I. Ankerbeklagte .....	11
II. Beschränkungen möglicher «Ankergerichtsstände» .....	11
III. Mitbeklagte und Abgrenzung nationaler Vorschriften zu Art. 8 Nr. 1 EuGVVO/Art. 6 Nr. 1 LugÜ .....	15
IV. Verbindung zwischen den Klagen .....	16
A. Konnexität nach § 93 Abs. 1 JN .....	17
1. Die materielle Streitgenossenschaft .....	18
a) Rechtsgemeinschaft .....	18
b) Tatsachengemeinschaft .....	19
c) Solidarschuld und -verpflichtung .....	23
2. Anwendung des § 11 Z 1 ZPO auf den Streitgenossen- schaftsgerichtsstand .....	24
B. Konnexität nach Art. 42 Abs. 2 CPC .....	27
1. Der erforderliche Zusammenhang rechtshistorisch betrachtet .....	27
2. Der erforderliche Zusammenhang im geltenden Recht .....	30
3. Rolle der indivisibilité .....	37
4. lien de connexité im Binnenverhältnis .....	41
C. Konnexität nach dem necessary or proper party gateway ...	41
1. Vorprüfung eines reasonable prospect of success .....	41
2. Verbindung zwischen den Klagen .....	43

<b>D. Konnexität nach Art. 8 Nr. 1 EuGVVO</b>	47
1. Verhältnis zu Art. 30 EuGVVO/Art. 28 LugÜ	48
2. Konnexität in der Rechtsprechung des EuGH	50
a) «Dieselbe Rechtslage»	51
b) «Dieselbe Sachlage»	54
3. Zusammenfassung	58
<b>E. Zwischenfazit: Konzepte der Konnexität im Vergleich</b>	60
<b>F. Begrenzungsmodelle</b>	65
1. Beschränkung auf «Hauptverpflichtete» als Ankerbeklagte	65
2. Subsidiaritätsregel im österreichischen Recht	68
3. Proper place-Test im englischen Recht	71
a) Grundlagen	71
b) Besonderheiten bei der Anwendung auf den necessary or proper party gateway	74
c) Abschließende Prüfung potenzieller Rechtsschutzhindernisse im Ausland	78
4. Begrenzungsmodelle im europäischen Zivilprozessrecht	81
5. Zwischenfazit: Konzepte der Begrenzung im Vergleich	88
<b>G. Reichweite der (begrenzten) Konnexitätskonzepte im Vergleich</b>	92
1. Art. 42 Abs. 2 CPC	92
2. Necessary or proper party gateway	93
3. § 93 Abs. 1 JN	95
<b>V. Qualitative Anforderungen an die Ankerklage, Rechtsmissbrauch und Prüfung des Gerichtsstandes</b>	99
<b>A. Zulässigkeit der Ankerklage</b>	100
1. Österreich	100
2. Frankreich	101
3. England und Wales	102
4. Europäisches Zivilprozessrecht	104
5. Fazit	110
<b>B. Begründetheit der Ankerklage</b>	111
1. Österreich: Schlüssigkeitsprüfung	113
2. Frankreich: caractère réel et sérieux	115
3. England und Wales: materiell-rechtliche Vorprüfung der Ankerklage	117
4. Europäisches Zivilprozessrecht: autonome Bedeutung der Begründetheit der Ankerklage?	121
5. Einordnung der verschiedenen Ansätze	122
a) Berücksichtigung der Begründetheit der Ankerklage zur Wahrung des Telos?	123

b) Keine Gefahr widersprechender Entscheidungen i.S.d. Art. 8 Nr. 1 LugÜ/Art. 6 Nr. 1 LugÜ im Fall einer unbegründeten Ankerklage? .....	126
c) Begründetheit der Ankerklage und Erschleichung des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....	128
6. Fazit .....	130
<b>VI. Prüfung des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes und Behandlung der konnexitätsbegründenden Tatsachen .....</b>	<b>132</b>
<b>A. Doppelrelevante Tatsachen in nationalen Rechtsordnungen und im europäischen Zivilprozessrecht .....</b>	<b>133</b>
1. Deutschsprachige Rechtsordnungen .....	133
2. Frankreich .....	136
3. England und Wales .....	138
4. Europäisches Zivilprozessrecht .....	141
5. Zwischenfazit .....	146
<b>B. Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen und Prüfung des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....</b>	<b>147</b>
1. Wann sind Tatsachen, aus denen sich die Begründetheit der Ankerklage ergibt, doppelrelevant? .....	149
2. Führt die Unbegründetheit der Ankerklage zum Wegfall der erforderlichen Konnexität? .....	150
3. Konnexität und die Begründetheit der Klage gegen die Mitbeklagte .....	150
<b>C. Zwischenfazit und Überleitung zur Problematik der Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen .....</b>	<b>151</b>
1. Nachteilige Folgen einer erschwerten Identifikation konnexitätsbegründender Tatsachen? .....	152
2. Eigenheit konnexitätsbegründender Tatsachen .....	153
<b>D. Alternativen zur Lehre von den doppelrelevanten Tatsachen? .....</b>	<b>155</b>
1. Vorschläge in der Literatur .....	155
2. Eigener Lösungsvorschlag .....	157
3. Konsequenzen für die Prüfung des Art. 8 Nr. 1 EuGVVO/Art. 6 Nr. 1 LugÜ .....	159
<b>E. Fazit .....</b>	<b>160</b>
<b>VII. Gefahr der rechtsmissbräuchlichen Erschleichung des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....</b>	<b>161</b>
<b>A. Bekämpfung der Erschleichung eines Gerichtsstandes in den untersuchten Rechtsordnungen .....</b>	<b>161</b>
<b>B. «Rest»-Gefahr der Gerichtsstanderschleichung .....</b>	<b>163</b>

1. <i>Perpetuatio fori</i> und Prüfung des Streitgenossenschafts-gerichtsstandes .....	167
2. Beispiele «echter» Gerichtsstanderschleichung .....	169
C. Fazit .....	172
VIII. Verhältnis von qualitativen Merkmalen der Ankerklage zum Rechtsmissbrauchsverbot und dem Modus der Zuständigkeitsprüfung .....	173
IX. Zusammenfassung und Fazit .....	174

---

<b>2. Teil: Der Gerichtsstand der Streitgenossenschaft im System der internationalen Zuständigkeit .....</b>	<b>177</b>
<b>I. Zuständigkeitsinteressen .....</b>	<b>177</b>
<b>A. Einführung in eine Analyse der Zuständigkeitsinteressen ..</b>	<b>177</b>
1. Eigenschaften und Trägerinnen der Zuständigkeitsinteressen .....	178
2. Inhalt und Ablauf einer Analyse anhand von Zuständigkeitsinteressen .....	183
<b>B. Vermeidung widersprechender Entscheidungen als zentrales Ordnungsinteresse .....</b>	<b>188</b>
<b>C. Parteiinteressen .....</b>	<b>190</b>
1. Zuständigkeitsinteressen der Klägerin .....	191
a) Absicherung des Justizgewährungsanspruches .....	191
b) Größtmögliche Auswahl verfügbarer Gerichtsorte .....	197
c) Rechtssicherheit bei der Prozessplanung .....	203
d) Stabilität der Zuständigkeitsanknüpfung .....	207
e) Effiziente und kostengünstige Rechtsverfolgung .....	210
f) Vollstreckungsnähe und Vollstreckungsaussicht .....	212
2. Zuständigkeitsinteressen der Mitbeklagten .....	216
a) Allgemeine Herausforderungen einer Verteidigung vor ausländischen Gerichten .....	216
b) Vorhersehbarkeit potenzieller Gerichtsstände .....	218
aa) <i>Rechtssicherheit als (Teil-)Aspekt der Vorhersehbarkeit</i> .....	219
bb) <i>Vorhersehbarkeit als Frage der Einschränkung klägerischer Wahlmöglichkeiten</i> .....	221
cc) <i>Vorhersehbarkeit und forum running</i> .....	226
dd) <i>Vorhersehbarkeit als abstrakt-rechtspolitische Legitimation eines ausländischen Forums</i> .....	228

c) Schutz vor erneuter Inanspruchnahme im Ausland .....	231
3. Zuständigkeitsinteressen der Ankerbeklagten .....	232
D. Staatliche Zuständigkeitsinteressen .....	233
1. Verfahrensökonomie .....	233
2. Ökonomische Interessen .....	235
E. Interessenabwägung und Fazit .....	238
1. Verfahrensverbundung als legitimes Ziel .....	238
2. Konsolidierte Diskussion der Interessen .....	240
II. Rechtspolitische Implikationen .....	249
A. Gleichklang mit der EuGVVO/dem LugÜ .....	250
B. Zivilprozesse gegen Streitgenossen ohne einen Gerichtsstand der Streitgenossenschaft – «Doppelgleisigkeiten» und rechtspolitische «Lücken» .....	256
1. Notwendige Streitgenossenschaft .....	257
2. Schadenersatzrechtliche Ansprüche.....	258
3. Vertragliche Ansprüche .....	261
4. Bereicherungsrechtliche Ansprüche .....	264
5. Ansprüche des Familien-, Erb- und Sachenrechts .....	266
C. Fazit .....	266
III. Zusammenfassung und Fazit .....	268

---

<b>3. Teil: Fallbeispiel «Menschenrechtsklagen» .....</b>	<b>271</b>
I. «Menschenrechtsklagen» – Begriffsklärung und Hintergrund ...	271
A. Völkerrechtliche Ursprung der (akademischen) Debatte ...	273
B. «Menschenrechtsklagen» gegen Unternehmen als Instrument eines gesellschaftspolitischen Aktivismus .....	283
II. Rolle des Streitgenossenschaftsgerichtsstandes .....	287
A. Materiell-rechtliche Herausforderungen einer Haftungsklage gegen die Konzernmutter .....	290
B. Globales Rechtsschutzgefälle .....	300
III. Anwendung nationaler Streitgenossenschaftsgerichtsstände auf «Menschenrechtsklagen» gegen Unternehmen: Erfahrungen und Perspektiven .....	303
A. «Menschenrechtsklagen» vor englischen Gerichten .....	303
B. «Menschenrechtsklagen» vor österreichischen Gerichten ...	308
C. «Menschenrechtsklagen» vor französischen Gerichten .....	310
D. Fazit und Bewertung .....	313

<b>IV. Rechtspolitische Auseinandersetzung: Streitgenossenschaftsgerichtsstand für «Menschenrechtsklagen» gegen Unternehmen?</b> .....	315
<b>A. Allgemein anwendbarer Streitgenossenschaftsgerichtsstand für «Menschenrechtsklagen» gegen Unternehmen?</b> ...	316
1. Pro .....	317
2. Kontra .....	320
3. Ergebnis .....	325
<b>B. Vermittelnde Lösung: Nach sachlichen oder persönlichen Kriterien beschränkter Streitgenossenschaftsgerichtsstand?</b> .....	326
1. Vorschläge der International Law Association und der Arbeitsgruppe des UN-Menschenrechtsrats .....	326
2. Untauglichkeit einer Beschränkung nach sachlich-inhaltlichen Kriterien .....	328
3. Beschränkung auf konzernierte Unternehmen .....	329
4. Ergebnis und Ausblick: In Richtung eines Konzerngerichtsstandes? .....	336
<b>V. Zusammenfassung und Fazit</b> .....	339
<hr/>	
<b>Schluss in Thesen</b> .....	341